

Die beunruhigte Gesellschaft

Von der integrierenden zur nervösen Mitte

Rolf G. Heinze



Rolf G. Heinze

Zusammenfassung

Mit der „Bedrohung“ der gesellschaftlichen Mitte deutet sich die Krise eines Gesellschaftsmodells an, das sich über Jahrzehnte als aufstiegsorientierte Wohlstandsgesellschaft verstand. Die Faktoren der Bedrohung sind u.a. wachsende Langzeitarbeitslosigkeit und die Ausweitung prekärer Beschäftigung, ökonomische Verunsicherung durch Globalisierung sowie Vertrauensverluste in staatliche Sicherungssysteme und Handlungsfähigkeit.

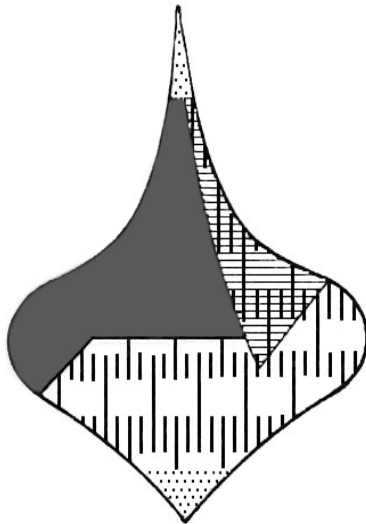
Vermarktlichung der Gesellschaft und wachsende Ungleichheiten

Das Aufflackern sozialer Unruhen in britischen Großstädten im Sommer 2011 gab einen markanten Hinweis darauf, welcher soziale Sprengstoff sich in westlichen Gesellschaften aufgebaut hat. Wenngleich der Zeitpunkt der teilweise gewalttätigen Exzesse überraschte, so gibt es doch schon seit einigen Jahren soziale Integrationsprobleme, wachsende Armutsrisiken und eine gefährdete gesellschaftliche Mitte. Manche Soziologen sprechen von einer „Refeudalisierung“ der Sozialstruktur, um auf die *sozialen Dichotomien* hinzuweisen (Neckel 2010), die im Programm einer geordneten Mittelschichtgesellschaft nicht vorgesehen waren. Auch wenn sich die Kluft zwischen oben und unten sozialstatistisch gar nicht so dramatisch verändert hat, sind die „gefühlte“ Ungleichheit und das Ungerechtigkeitsempfinden massiv angestiegen. Unsicherheiten und selektive Ausgrenzungsprozesse in Form von wachsender Langzeitarbeitslosigkeit und der Ausweitung prekärer Beschäftigung, die schon länger die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ begleitet und nun in manchen Ländern (wie Großbritannien, Spanien, Italien oder Griechenland) vor allem junge Menschen trifft, ist unübersehbar vom Rand in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Die „Prekarisierung“ trifft immer mehr auch die Normalarbeit und verunsichert so zunehmend über die Beschäftigungsverhältnisse hinausgehende Lebenswelten (vgl. die Beiträge in WSI-Mitteilungen H. 8/2011). Insofern wird das in überzeichneter Form

soziale Dichotomien

konkret, was sich schon seit Jahren auf dem sozialwissenschaftlichen Publikationsmarkt andeutet. Dort häufen sich Bücher und Aufsätze zu sozialen Deklassierungen in der gesellschaftlichen Mitte.

Die hohe Aufmerksamkeit auf die „bedrohte“ Mitte verrät, dass es um mehr als sozialstatistische Verschiebungen geht; hier deutet sich die Krise eines Gesellschaftsmodells an, das sich über Jahrzehnte als aufstiegsorientierte („nivelierte“) Wohlstandsgesellschaft verstand. Zu der (bei manchen Gruppen nur „gefühlten“) Mitte werden „insbesondere Erwerbspersonen mit mittlerem und gehobenen Qualifikationen gerechnet, die überwiegend Dienstleistungstätigkeiten ausüben. Die Definition schließt grundsätzlich sowohl abhängig Beschäftigte, vor allem Angestellte und Beamte, als auch Selbstständige ein“ (Werding/Müller 2007, 110).



Bezeichnung der Statuszone	Anteil
Oberschicht	ca. 2 v. H.
obere Mitte	ca. 5 v. H.
mittlere Mitte	ca. 14 v. H.
untere Mitte	ca.(29)
unterste Mitte/ oberes Unten	ca. (29)
Unten	ca. 17 v. H.
Sozial Verachtete	ca. 4 v. H.

Quelle: K. M. Boltes "Zwiebel"-Modell des Prestige-Statusaufbaus (60er Jahre)

Die Transformation der „Zwiebel“

Nun scheinen die Säulen dieses Modells zu bröckeln: die globalisierten Märkte werden immer weniger beherrschbar, wie es die Finanzkrise exemplarisch vorführt, und mit der ökonomischen Verunsicherung geraten auch die sozialinstitutionellen Arrangements der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme ins Wanken. Der Politik drohen strukturelle Kontrollverluste, die sich durchaus in Richtung von „Staatsversagen“ entwickeln können. Hauptursache für die zunehmenden sozialen Gefährdungen in der Mitte und wachsende Randgruppen sind insbesondere die manifesten Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt. Denn gerade die schrumpfende und „nervöse“ Mittelschicht begründet ihren Status nicht primär auf Vermögen, sondern auf Einkommen. Und hier zeigt sich zusammengefasst in den letzten 20 Jahren folgende Entwicklung: „Die Reichen (sind) immer zahlreicher und reicher geworden; sie setzen sich zunehmend von der gesellschaftli-

Einkommen

chen Mitte und von den Armen ab. Auch der Anteil der Armen hat zugenommen. Arme werden nicht immer ärmer, aber die Armutskluft – der Einkommensabstand zur Mitte – hat sich weiter geöffnet. Die Mitte der Gesellschaft ist etwas geschrumpft und dabei mehr nach unten abgebröckelt als nach oben aufgestiegen. Auch die wahrgenommenen Unterschiede zwischen oberen und unteren Einkommensschichten in der Versorgung mit den Gütern des grundlegenden Bedarfs sind größer geworden“ (Geißler 2010, 15).

Noch stärker als beim Einkommen wird die wachsende sozioökonomische Polarisierung anhand der Vermögen ersichtlich. Hier werden makrostrukturell *Unsicherheitszonen* systematisch erzeugt, die mikrostrukturell vor dem Hintergrund sozioökonomischer Abstiege und einer sich ausbreitenden „Entscheidungsgesellschaft“ (Schimank 2005) die Individuen zunehmend überfordern und Statusängste verursachen. Dies liegt auch an der Erosion der sozialen Sicherungssysteme, die in den letzten Jahren systematisch ökonomisiert wurden. Genau in dem Augenblick, in dem Integrationschancen und Sicherheiten prekär werden, sind die herkömmlichen Methoden der Risikoabsicherung selbst riskant geworden. Vielen jungen Leuten sind die klassischen Normalarbeitsverhältnisse nur noch aus Erzählungen der Eltern und Großeltern bekannt, sie kennen nur die „atypischen“ Formen von Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Werkverträge und was sonst so alles in den letzten Jahren unter den Begriff Prekarität fällt. Diese Befunde lassen sich als Hinweis auf wachsende soziale *Exklusionen* verstehen. Jugendliche aus den unteren sozialen Schichten sind durch ihre Sozialisations- und Bildungserfahrungen oft schon so frustriert, dass sie sich als „Überflüssige“ definieren, die in einer durch forcierte Ökonomisierungsprozesse durchsetzten Gesellschaft keinen Halt mehr finden. Die für die Nachkriegsgenerationen selbstverständlich gewordenen Garantien auf eine existenzsichernde abhängige Erwerbstätigkeit werden für diese Gruppen immer selektiver.

Ein in der Öffentlichkeit oft benutzter Indikator für die neuen Wohlstandsgefährdungen ist die gestiegene Armut in Deutschland. Aber diese gibt es nicht erst seit der in den letzten Jahren forcierten Vermarktlichung der Gesellschaft, so dass allein sozialstatistische Definitionen die Chiffre der bedrohten Mitte nicht erklären können. Das Phänomen der gesellschaftlichen Mitte ist vielschichtiger; die Topographie der Mitte umfasst einen breiten Raum gesellschaftlicher Statuspositionen und ist in Deutschland darüber hinaus kulturell und ideologisch geprägt. Erinnerung sei nur an die Erfolgsgeschichte der These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) – ganz gleich, welche reale sozialstrukturelle Erklärungskraft hinter dieser Formel steckte, so sind doch die Wirkungen unbestritten. Derzeit geht die *sozialintegrative Kraft* der gesellschaftlichen Mitte jedoch zurück; war sie noch bis Anfang der 1990er Jahre der Fluchtpunkt vieler Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik, so hat sich diese nicht nur symbolische Zentrierung auf die Mitte grundlegend gewandelt.

Das Bild der „Zwiebel“ trifft allerdings auf der Wahrnehmungsebene immer weniger auf gesellschaftliche Anerkennung. Konnte sie noch in der „alten“ Bundesrepublik die Ausdehnung einer breiter gewordenen gesellschaftlichen Mitte bei gleichzeitigem Fortbestand oberer und unterer Soziallagen symbolträchtig beschreiben, so haben sich diese gesellschaftlichen Ordnungsmuster in den

Vermögen

Erosion der sozialen Sicherungssysteme

soziale Exklusionen

Armut

Jahrzehnten danach strukturell verschoben (vgl. Heinze 2011, Vogel 2009 sowie die Beiträge in Berger/Hitzler 2010 und Burzan/Berger 2010). Unübersehbar ist in allen Studien – seien es subjektive Statureinschätzungen oder objektive Einkommens- und Vermögensstudien – eine *individuell wahrgenommene Verschlechterung* der sozialen Lage in den letzten Jahren.

Abwärtsmobilität Zusammenfassend lassen sich die Herausforderungen so beschreiben: Die Mittelschicht schrumpft nicht nur, sondern – und dies prägt die wachsenden subjektiven Verunsicherungen – die Abwärtsmobilität ist spürbar angestiegen. „Der sogenannte „Fahrstuhleffekt“, der noch für die Nachkriegsphase bis Mitte der 1970er Jahre in Deutschland kennzeichnend war, gerät zunehmend in Gefahr, eine wachsende Gruppe in der Bevölkerung nicht mehr „nach oben“ in der gesellschaftlichen vertikalen Schichtung befördern zu können. Mit der Reorganisation der Wirtschaft als Reaktion auf verschärften globalen Wettbewerb, technologische Wandlungsprozesse der Wirtschaft (Kommunikations- und IT-Technologie, Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft), aber auch mit veränderten Erwerbspräferenzen (Frauenerwerbstätigkeit, Teilzeitarbeit) erodiert das sog. „Normalarbeitsverhältnis“, und spätestens in Folge der deutschen Vereinigung geraten auch korporatistische Strukturen in Deutschland in die Krise. Als Ergebnis wurde insbesondere Deutschland in international vergleichenden Studien in den letzten Jahren ein besonderes Anwachsen von „Ungleichheit“ attestiert“ (Schupp 2010, 11). Konnten die Probleme mit der seit Jahrzehnten hohen Arbeitslosigkeit bislang durch die selektive Betroffenheit und die damit einhergehenden Spaltungen von der „Mitte“ der Gesellschaft ferngehalten werden, so brechen diese Dämme langsam ein. Die neuen sozioökonomischen Risiken werden in Zeiten globaler Finanzkrisen und parallel verlaufender Fiskalkrisen der öffentlichen Haushalte für alle Bevölkerungsteile spürbar. Die Kosten der vom Staat übernommenen Regulierungen werden aber vor allem wohl die *Mittelschichten* tragen, „die sich geschunden wähnt von der Unterschicht, weil die von den Steuern der Mittelschicht lebt, und weil sie betrogen wird von Reichen, die keine Steuern zahlen“ (Prantl 2011, 4).

Individualisierung von Risiken

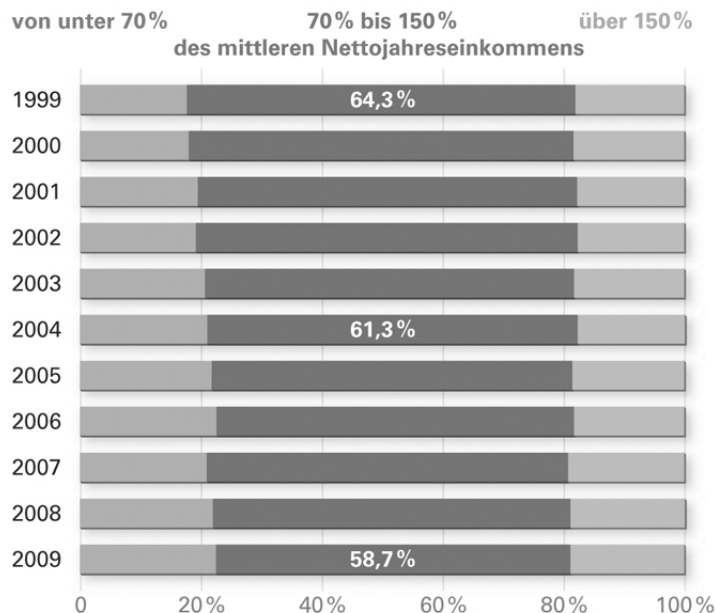
Fahrstuhleffekt Lebensstile In den aktuellen Diagnosen zur gefährdeten gesellschaftlichen Mitte kehrt zudem die Individualisierungsthese unter anderen Vorzeichen als sozialstrukturelles Analyseinstrumentarium zurück. Ausgangspunkt für die von Beck (1986) in den Vordergrund gerückten Individualisierungen war die „Vermittelschichtung“ der Sozialstruktur und deren Aufstieg in der deutschen Nachkriegszeit. Der durch eingeleitete „Fahrstuhleffekt“ erlaubte es der sich ausbreitenden gesellschaftlichen Mitte die Potentiale ihrer Selbstständigkeit auszuleben. Die Ansätze zur Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen und Lebensstile gehen davon aus, dass die Lebensstile der Menschen immer weniger nach Klasse und Stand geordnet sind, sondern in einer verflüssigten Sozialstruktur neue Autonomie-, aber auch Risikospelräume eröffnen. Die Lebensstile sortieren sich zu neuen sozialen Milieus, die sich nicht mehr in erster Linie über Beruf,

Bildung und Einkommen definieren. Die Karriere der *Milieukonzepte* liegt auch an der Herkunft; sie kommen aus der Markt- und Konsumforschung (bspw. die Sinus-Milieus, auf die im Folgenden Bezug genommen wird) bilden „griffige“ Gruppen und wurden auch regelmäßig an gesellschaftliche Strömungen angepasst. Hinsichtlich einer schichten- und klassenförmigen Zuordnung zeigt sich, „dass die Hälfte der zehn Milieus im Wesentlichen auf einer Ebene der Schichtungshierarchie verankert ist – oben die Etablierten, in der Mitte die Experimentalisten und die bürgerliche Mitte, unten die Konsum-Materialisten und die Hedonisten. Die anderen fünf Milieus sind schichtübergreifend auf zwei benachbarte Ebenen verteilt“ (Geißler 2010, 45ff).

Milieukonzepte

Schrumpfende Mitte

Anteil Bevölkerung mit einem Jahreseinkommen...

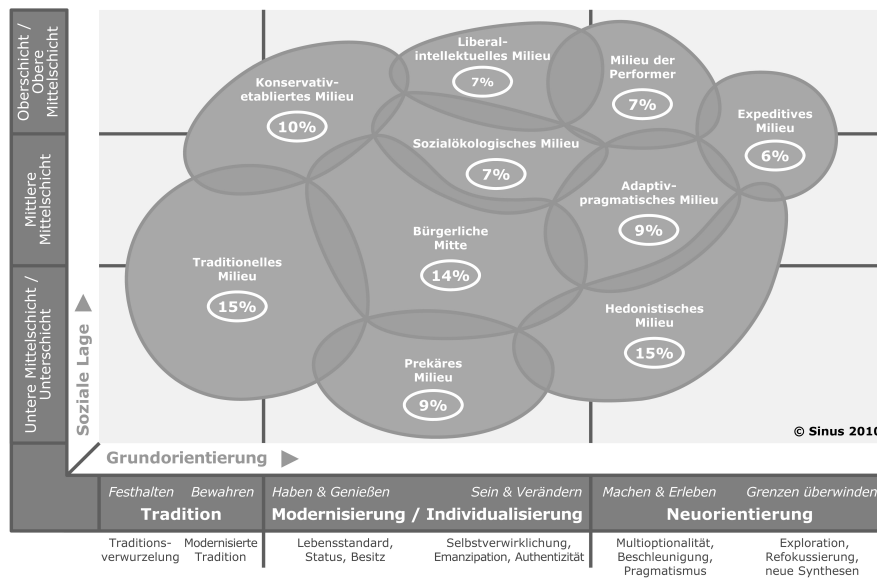


Quelle: Grabka 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Wenngleich die Ängste und Befürchtungen vor einer schrumpfenden Mitte und einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit einen realen sozioökonomischen Hintergrund haben, decken sich Semantik und Struktur dieser sozioökonomischen Wandlungsprozesse oft nicht unmittelbar. Manche Befürchtungen werden medial zugespitzt, während die realen Veränderungen (etwa der Armutsanteil) sich nur leicht negativ verändert hat. Folgendes Zitat fasst den soziologischen Forschungsstand zur gesellschaftliche Mitte prägnant zusammen: „Man kann es messen, wie man will: Die Mittelschicht wächst nicht mehr. Je nach Definition stagniert oder schrumpft sie deutlich, sogar im Kern der modernen Wissensgesellschaft, unter den (Hoch-)Qualifizierten in den Büros. Dies widerspricht allen

gängigen Theorien der Modernisierung, der postindustriellen Gesellschaft, der Dienstleistungsgesellschaft. Teilweise hängt dies mit vermehrten Mobilitätsprozessen zusammen: Nicht wenige Gewinner sind in die Oberschicht aufgestiegen, viele Verlierer sind abgestiegen, vor allem jene mit nicht mehr marktgängiger Qualifikation. Der bislang ungewohnt rauhe Wind in den Mittelschichten brachte es mit sich, dass dort Ängste vor Abstieg und Arbeitslosigkeit zunehmen und gewissermaßen die Bürotürme hochkriechen. Daran war die Einführung des Arbeitslosengelds II (Hartz IV) beteiligt, das vorsieht, dass schon nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit eine Reduzierung der Bezüge auf Sozialhilfeniveau erfolgt“ (Hradil 2010, 8; vgl. zur schrumpfenden “middle class“ in den USA Hacker/Pierson 2011).

Die Sinus-Milieus® in Deutschland 2010



Vertrauensverluste in staatliche Handlungsfähigkeit

Die neue Abwärtsdynamik der gesellschaftlichen Mitte hängt mit der **Erosion** des traditionellen Wirtschafts- und Sozialstandorts Deutschland zusammen. Wenn ein über Jahrzehnte erfolgreiches Wohlstandsmodell nicht nur an Grenzen stößt, sondern intern längst umstrukturiert wird und dabei klassische Schutz- und Sicherungselemente schrittweise abgebaut werden, reichen die Befürchtungen längst über die gesellschaftlichen Ränder hinaus. Das gesellschaftliche Zentrum gerät nun in weltwirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse, der Standort Deutschland ist nicht mehr der Hort der Sicherheit und des Stauerhalts. Hinzu kommen die Turbulenzen auf den Finanzmärkten; durch die strukturellen Instabilitäten ist auch der deutsche Anleger in den Strudel der Finanzkrise geraten und erwartet nun zumeist einen mächtigen Staat. Der Staat hat sich

jedoch ohnehin schon bei der Regulierung der Finanzkrise enorm verschuldet und seine Handlungsspielräume weiter eingebüßt. Die Hoffnung auf Rückkehr des Staates in dem Sinne, dass nun die anstehenden Verunsicherungen offensiv aufgefangen werden, ist deshalb naiv. Faktum ist vielmehr ein Absenken der wohlfahrtsstaatlichen Leistungsniveaus und dies trifft nicht nur die Randgruppen. Insgesamt kristallisiert sich eine Austeritätspolitik (ein strikter „Sparkurs“) heraus, die es zumindest fragwürdig erscheinen lässt, auf eine auf gesellschaftlichen Ausgleich bedachte staatliche Politik zu hoffen. Dies liegt auch an der wechselseitigen Krisenverschärfung. War die enge Koppelung von „nivellierter Mittelstandsgesellschaft“ und wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaft in den Aufstiegsjahren nach dem zweiten Weltkrieg noch der wesentliche Stabilitätsanker für das Erfolgsmodell Deutschland, so ist diese Paarbeziehung nun kein Garant mehr für Sicherheiten (vgl. Heinze 2011).

Austeritätspolitik

Von der Erosion der Normalarbeitsverhältnisse zur Erosion der Volksparteien?

Das permanente Aufflackern von Misstrauen gegenüber den politischen Handlungslogiken, das inzwischen bis hin zu gewaltsamen Aufständen vor allem Jugendlicher geht, ist ein Hinweis auf tieferliegende *Vertrauensverluste* auch in westlichen Gesellschaften. Hatte die deutsche Regierungspolitik noch Ende 2008/Anfang 2009 durch ein konsequentes Vorgehen bei der Bekämpfung der globalen Finanzkrise Vertrauen gewinnen können, so manifestieren sich in letzter Zeit an verschiedenen Punkten grassierende Vertrauensverluste – auf den Ebenen des Systemvertrauens, des Sozialvertrauens und des Selbstvertrauens. Beim Systemvertrauen geht es um die Gleichzeitigkeit von Markt- und Staatsversagen (vgl. Heinze 2009), die Sozialvertrauensverluste beziehen sich auf die Erosion eines homogenen Milieus und die Irritationen des Selbstvertrauens lassen sich auf die diffuser gewordenen Zusammenhänge von Leistung und Erfolg zurückführen. Zusammengefasst ergibt sich in vielen Fragen ein „grassierendes Misstrauensvotum gegenüber der Respondenzfähigkeit des politischen Systems“ (Bude 2010a, 28), das nicht mehr durch eine Status-quo-fixierte Politik befriedigt werden kann. Das Schwinden der Akzeptanz wird vorangetrieben durch die Funktionsverluste der traditionellen politischen Akteure (der politischen Parteien und Interessenvertretungen) sowie der politischen Arenen (vor allem der Parlamente). Die politischen Organisationen scheinen inhaltlich und organisatorisch in vielen gesellschaftlichen Themenfeldern *ausgehöhlt*; manche Beobachter sehen schon den „Herbst“ der Volksparteien gekommen. Die verminderte Ausstrahlungskraft der politischen Parteien ist nicht nur über die Erosion der soziokulturellen Milieus zu erklären, sondern auch auf die Entstandardisierung und Prekarisierung von beruflichen Lebensläufen zurückzuführen. Immer mehr Individuen (gerade jüngere Erwerbspersonengruppen) – und nicht nur aus dem „Prekariat“, sondern aus der gesellschaftlichen Mitte – stehen unter dem permanenten Zwang, Ökonomisierungslogiken gerecht zu werden. Erwartungssicherheiten und Optionen für eine Beteiligung an politischen Organisatio-

Vertrauensverluste

Systemvertrauen
Sozialvertrauen
Selbstvertrauen

nen gehen zurück, während neue Anforderungen durch die Globalisierung und Flexibilisierung der Arbeit an das Selbstmanagement und die Kontrollfähigkeit wachsen. Wenn es zur Aufgabe der Individuen gehört, sich selbst zu ‚managen‘, geht das traditionelle Vertrauen in die Politik bzw. ganz allgemein in die sozialpartnerschaftlichen (korporatistischen) Regulierungsformen und die Parteien zurück. Über die Selbstökonomisierungstendenzen lassen sich auch Phänomene der Politikverdrossenheit erklären, denn viele Individuen sind so stark mit der eigenen Vermarktung beschäftigt, dass politisches Engagement hinter der Organisation der neuen Anforderungen zurücksteht.

Abschottungs-
tendenzen

Die Verunsicherung auf subjektiver Ebene wird dadurch vorangetrieben, dass sich die Aufstiegschancen der Geringverdiener in den letzten Jahren verschlechtert haben; hier deuten sich neue *Abschottungstendenzen* an, die den Trend zur Erweiterung prekärer Beschäftigungszonen unterstützen. Viele Menschen geraten subjektiv in eine Lage von Hoffnungslosigkeit und spüren, dass sie nicht mehr gebraucht werden. Gefühle von Ohnmacht und Selbstzweifel scheinen sich aber auch bei den (noch) Erwerbstätigen auszubreiten. „Während ein Abbau körperlicher Belastungen an vielen Arbeitsplätzen – keineswegs überall – gelungen ist, treten durch hohe Arbeitsanforderungen bei verringertem Personal und allgemein beschleunigter Zeitökonomie verstärkt psychische Belastungen auf. Tatsächlich haben psychische Erkrankungen, besonders Erschöpfungssyndrome wie Burn-out, bei der Zahl und Dauer der Arbeitsunfähigkeitstage längst die Herz-Kreislaufkrankungen überholt. Die Bedeutung dieser Entwicklungen angesichts einer alternden Gesellschaft beginnt gerade erst in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden“ (Senghaas-Knobloch 2011, 31; vgl. auch Ehrenberg 2008). Generell werden durch die neuen Dynamiken in der Arbeitswelt die Zuordnungen zu sozialen Milieus schwieriger, die deutsche Sozialstruktur wird *heterogener*, und immer mehr Menschen wechseln im Laufe ihres Lebens durch verschiedene Milieus, so dass die alte Großgruppengesellschaft eindeutig der Vergangenheit angehört. Damit gehen soziokulturelle Sicherheiten verloren, was sich schon heute in verschiedenen Dimensionen manifestiert. Die vielfältigen Akzeptanzprobleme der großen Volksparteien oder die Auszehrungstendenzen bei den Großverbänden bis hin zu den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen sind ein Beleg dafür. Viele politisch-institutionelle Stabilitätsfaktoren aus dem System organisierter Interessen wirken durch die sozioökonomischen und kulturellen Wandlungsprozesse inhaltlich-konzeptionell ausgezehrt; die Gehäuse sind zum großen Teil noch vorhanden, das organisatorische Leben ist jedoch zumeist erlahmt und kann sozialintegrierende Wirkungen nur noch begrenzt entfalten.

Sozioökonomische Entgrenzungen als neue Herausforderungen

Dass die sozioökonomischen Erschütterungen so starke Befürchtungen vor dem sozialen Abstieg hervorrufen konnten, lag einerseits an den schon länger festzustellenden Individualisierungsprozessen, die nun nicht mehr als Multioptionsge-

sellschaft erlebt werden, sondern als Zeichen der Ambivalenz der Freisetzen und Pluralisierungen der Lebensformen gelten. Andererseits werden die Debatten um Milieus und Lebensstile wieder mit den ökonomischen Realitäten konfrontiert und dies in einer Situation, in der die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme selbst unter Druck geraten. Anknüpfen konnten die Debatten um soziale Gefährdungen und eine „erschöpfte“ Mitte an die Karriere der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, der „neuen Armut“ oder einer generellen Entstandardisierung der Arbeit und der Expansion eines individualisierten Risikoregimes, die bereits länger auf die wachsenden sozialen Ungleichheiten und die drohenden Erosion der Mitte aufmerksam gemacht haben.

„Zwei-Drittel-Gesellschaft“

Wenngleich der Wohlfahrtsstaat den gesellschaftspolitischen Erfolg der gesellschaftlichen Mitte erst konstituiert hat, gerät er nun aufgrund seiner Konstruktionsprinzipien (als Sozialversicherungsstaat ist er in seinen Einnahmen zentral abhängig von ökonomischen Ressourcen, die er selbst nur begrenzt steuern kann) sowohl unter fiskalischen Druck als auch in Legitimationsprobleme. Zugleich hat ein schleichender Wandel der Wohlfahrtsstaatlichkeit stattgefunden, ganz gleich ob dies als Ende des Versorgungsstaates oder das Veralten traditioneller Sicherungsarrangements formuliert wird. „Im Einklang mit Entwicklungen, die sich im gesamten OECD-Raum vollzogen haben, hat der Abschied vom schützenden und sorgenden zum befähigenden und gewährleistenden Wohlfahrtsstaat stattgefunden. Der „aktivierende Wohlfahrtsstaat“ soll nicht mehr Schutz vor den unvorhersehbaren Entwicklungen der Märkte bieten, sondern die einzelnen befähigen, auch unter dynamischen Verhältnissen auf den Arbeitsmärkten ihre „Beschäftigungsfähigkeit“ zu sichern. Damit hat eine Umstellung von einer Politik kollektiver Garantien von Soziallagen zu einer der individuellen Förderung und Pflege von Arbeitsvermögen stattgefunden. Arbeitsmärkte werden nicht mehr als Nachfrage-, sondern als Angebotsmärkte verstanden. Man soll nicht mehr darauf warten, dass man zur Arbeit gerufen wird, sondern man soll sich selbst zur Arbeit hinbewegen“ (Bude 2010, 192; vgl. auch die Beiträge in Evers/Heinze 2008).

Der „aktivierende Wohlfahrtsstaat“

Destabilisierung traditioneller Berufsverläufe

Die Debatte um die Bedrohung der sozialen Mitte lässt sich nicht nur auf aktuelle Krisenbezüge oder den Verlust traditioneller Leitbilder zurückführen, sondern hat ebenfalls wirtschaftsstrukturelle Gründe. Diese liegen in der Expansion neuer Formen beruflicher Selbstständigkeit begründet, die parallel zur Ausbreitung der Dienstleistungs- bzw. Wissensgesellschaft verläuft. In allen westlichen Ländern gibt es in den letzten Jahren eine aufflammende Debatte um neue Selbstständigkeit und Unternehmertum. Der seit über 100 Jahren festzustellende Rückgang der Selbstständigen ist nicht nur gestoppt, vielmehr blüht durch neue Formen entgrenzter Arbeit (als Arbeitskraftunternehmer) sogar eine gewisse Marktideologie wieder auf. Der empirisch nachweisbare Trend zu mehr selbstständig Beschäftigten im Strukturwandel wird in den soziologischen Debatten im Rahmen der Erosion der Normalarbeitsverhältnisse und einer verstärkten Be-

Normal-
arbeitsverhältnisse

lastung der Individuen geführt. „Das Normalarbeitsverhältnis (d.h. unbefristete Vollzeitbeschäftigung) wird zunehmend zurückgedrängt, das männliche ErnährermodeLL verliert durch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen an Bedeutung, die Individualisierung der Arbeit bringt wachsende Risiken/Unsicherheiten sowie eine zunehmende Verbreitung von selbständigen Tätigkeiten mit sich und die Flexibilisierung der Arbeit führt durch das Aufbrechen starrer Arbeitsstrukturen zu einer Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen (Befristung, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung)“ (Giesecke/ Verwiebe 2010, 248; vgl. auch die Beiträge in Böhle et al 2010 und Burzan/ Berger 2010).

Die Vermarktlichung und insbesondere der Druck auf Selbstkontrolle und Selbstmotivation produziert auch individuelle Überforderungen, die von manchen Autoren als generelle „Reproduktionskrise“ und „innere Widersprüchlichkeit“ gedeutet werden (vgl. Jürgens 2009 sowie Ehrenberg 2011). Da es sich um systemische Instabilitäten handelt, werden diese auch die zukünftige Gesellschaftsentwicklung prägen. Zweifellos wachsen schon seit längerer Zeit in einer Gesellschaft mit immer mehr Optionen die subjektiven Verunsicherungen, verschärfend kommt jetzt die enge Koppelung mit den ökonomischen Krisen und der Erosion der traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme hinzu, die nun nicht mehr in dem Maße krisenmildernd wirken wie in Hochzeiten des deutschen Prosperitätsmodells. Neue Erfahrungen des beruflichen Scheiterns oder nur blockierter Aufstiegshoffnungen verbreiten demgegenüber subjektive Ängste und überfordern immer mehr Menschen. Die in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Freiheitspielräume der Menschen erweisen sich für eine wachsende Zahl als subjektive Überforderung und führen zu einer Zunahme individueller Pathologien. Nicht umsonst kann deshalb von der **erschöpften Mitte** gesprochen werden (vgl. zur historischen Einordnung Wehler 2008, 108ff, zur aktuellen Debatte ausführlich Heinze 2011).

Von der „Zugewinn-Gemeinschaft“ zu neuen Konflikten um die soziopolitische Mitte

Wenn auch die Wohlstandskonflikte in der gesellschaftlichen Mitte zunehmen, so bleibt die Diskussion dennoch widersprüchlich; der Argumentationsbogen reicht von der schrumpfenden und überforderten Mitte bis hin zu neuen Aufbrüchen in die Selbstständigkeit. Nimmt man die soziologische Diagnostik zu Rate, wird eher auf die Überforderungen und Prekarisierungsprozesse verwiesen, die mit marktgetriebenen Soziallagen einhergehen. Implizit erhoffen sich viele eine Rückkehr zu einem starken Staat, der auf die Wohlstandsverluste und die Verunsicherungen mit einem Ausbau der öffentlichen Dienste und insgesamt mit einer neuen Kommunalität reagiert, was jedoch angesichts der realen Austeritätspolitik unrealistisch erscheint (vgl. Heinze 2009). Es soll damit nicht die Verantwortung des Staates für gesellschaftliche Inklusion bestritten werden und es kann auch nicht heißen, eine Marktwirtschaft mit möglichst wenig Staat zu etablieren, wie es Vertreter eines Neoliberalismus mit ihren Forderungen nach Eigenverantwortung beabsichtigen. Eine „soziale“ Marktwirtschaft ist ohne ei-

nen Sozialstaat undenkbar, der die Risiken aushaltbar und zumutbar macht. Genauso richtig wie der Hinweis auf wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme ist aber der Verweis darauf, dass genau diese herkömmlichen Methoden der Risikoabsicherung selbst riskant geworden sind. Sicherlich hat es der Staat durch seine Interventionen geschafft, die Ausbreitung der Finanzkrise zu stoppen – in einem Maße, das viele gerade marktliberale Beobachter nicht für möglich gehalten haben. Ob damit jedoch eine Renaissance des Staates als souveräner Akteur verbunden ist, kann ernsthaft bezweifelt werden. Der Preis der systemnotwendigen Rettungsmaßnahmen ist eine gigantische Verschuldung, der zukünftige politische Handlungsspielräume entscheidend einengt. Die Rettung des Kapitalismus könnte also ein „Pyrrhussieg“ sein, der den schon länger ablaufenden Übergang in ein fiskalisches Austeritätsregime maßgeblich vorantrieb. „In der überschaubaren Zukunft dürfte nicht nur in Deutschland die Hauptbeschäftigung der nationalen Regierungen im Abstottern der durch die Krisenbekämpfung noch einmal in neue Dimensionen gewachsenen Staatsschulden bestehen; alles, was darüber hinausgeht, erscheint unter heutigen Bedingungen auf lange Zeit utopisch. Besonders entmutigend wird sein, dass die Tendenz hierzu weit vor die Krise zurückgeht und längst chronisch geworden zu sein scheint. Auch wird jede Regierung nach dem, was geschehen ist, wissen, dass eine neue Wirtschaftskrise – und wer könnte diese ausschließen? – alle Erfolge eines erneuten Anlaufs zur Wiederherstellung fiskalischer Handlungsspielräume wie gehabt auslöschen und die für sie erbrachten politischen Opfer ein weiteres Mal sinnlos machen würde“ (Streeck 2010, 172; vgl. auch Schimank 2011). Da sowohl die fiskalische Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist als auch kurzfristig keine grundlegend Reform der Finanzmarktregulierung realistisch erscheint (da diese auf EU-Ebene zu verankern wäre), kann es keine Trendwende zum Primat der Politik geben.

Der Staat wird sich zwar symbolisch um eine Beseitigung der wachsenden sozialen Ungleichheiten kümmern und einzelne Vorschläge hierzu auf die politische Tagesordnung setzen, die real verfügbaren fiskalischen Ressourcen unterliegen aber dem Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte. Nicht Gesellschaftsgestaltung ist angesagt, sondern ein „Muddling Through“, das als Management von Sachzwängen dargestellt wird. Über eine bildungs- und sozialpolitische Umsteuerung, die die auseinanderdriftenden Fliehkräfte der Gesellschaft eindämmen könnten, wird zwar viel in den Medien gesprochen, schon aufgrund der enorm angestiegenen Verschuldungen der öffentlichen Haushalte sind jedoch die fiskalischen Fesseln unübersehbar. Es zeigt sich eine wachsende Kluft zwischen politischer Rhetorik und realer Politik und die Regierungspolitik wird weiterhin nicht den Eindruck vermitteln, die Herausforderungen (vor allem die Verschuldungsproblematik) in den Griff zu bekommen. Allerdings heißt dies nicht, dass die Ansprüche an die Politik zurückgehen, eher ist das Gegenteil der Fall.

Eine „soziale“
Marktwirtschaft ist
ohne einen
Sozialstaat
undenkbar.

„Muddling
Through“

Zwischen Instabilitäten und Gestaltung

Durch die globale Finanzkrise und die breite Thematisierung einer bedrohten Mitte hat die Verunsicherung eine gesamtgesellschaftliche Perspektive bekommen. Zudem ist die Debatte um die gesellschaftliche Mitte trotz widersprüchlicher Momente ein Gradmesser für die Befindlichkeit der Gesellschaft. Und dies heißt für Deutschland im Jahr 2011: trotz einer raschen wirtschaftlichen Erholung von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ist von einer Aufbruchsstimmung nichts zu spüren, eher breiten sich Spekulationen über die überforderte Mitte und gesellschaftliche Ängste aus. Viele sehnen sich in solch turbulenten Zeiten nach Beständigkeit. Der Politik scheint es immer weniger zu gelingen, eine akzeptierte gesellschaftliche Ordnung zu schaffen und eine Klammer zu finden, um die Fliehkräfte wieder neu zusammen zu führen und Unterstützung für einen solidarischen Umgang mit marginalisierten Gruppen zu finden, vielmehr dominieren eher *Kontrollverluste*.

Kontrollverluste

Dennoch kann die „nervöse“ Mitte nicht nur als ein kollabierender Stabilitätsanker betrachtet werden. Im Wirtschaftssystem zeigen sich trotz Prekarisierungsprozessen auch kreative Suchprozesse und Chancen für mehr berufliche Selbstständigkeit sowie zukunftsfähige Leitmärkte, die schon heute einen Innovations- und Beschäftigungsschub ausgelöst haben. Prominentes Beispiel sind die erneuerbaren Energien und die Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz, die aufzeigen, dass der Umwelt- und Klimaschutz nicht nur ein zukunftsfähiges Lebensmodell ist, das längst die Mitte der Gesellschaft erreicht hat und neue politische Koalitionsbildungen anvisiert, sondern ebenfalls Arbeitsplätze schafft. Neben der ökologischen Modernisierung gibt es auch in anderen für die gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit bedeutsamen Fragen (etwa bei der Bewältigung des demographischen Wandels oder der Gesundheits- und Mobilitätsthematik) noch erhebliche Gestaltungspotentiale. Allerdings sind insbesondere die „Humanpotentiale“ bislang von den politischen und wirtschaftlichen Eliten weder in der Wirtschaftssphäre noch in Fragen sozialer Integration hinreichend aufgegriffen worden, wenngleich gerade von der (postideologischen) Mitte wachsende Impulse ausgehen, die auf eine neue Form der Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung hinweisen. Dominierend bleibt aber auch in den neuen Protesten die individualistische Privatisierung der Lebens- und Konsumweise. Eher wirken die Appelle an einen starken Staat, der die Probleme lösen soll, hilflos, was Philosophen zu der Schlussfolgerung brachte: „Diese Menschen rufen ausschließlich nach einem neuen Herrn“ (Slavoj Žižek, in: Zeit Online v. 25.8. 2011). Trotz aller Debatten um „Sozialkapital“ oder die Bürgergesellschaft prägen derzeit eher Ängste den gesellschaftlichen Diskurs, das Ende einer gesellschaftlichen Epoche verunsichert und deshalb sind Strategien für eine aktive Gesellschaftsgestaltung nur bruchstückhaft zu erkennen.

Literatur

- Berger, P. A./Hitzler, R. (Hg.), 2010: Individualisierungen. Wiesbaden.
 Böhle, F./Voß, G. G./Wachtler, G., (Hg.), 2010: Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden.

- Bude, H., 2010: Zwischen Krisenangst und Zuversicht. In: Bundesverband deutscher Banken (Hg.): Führung – Verantwortung – Vertrauen: Perspektiven für Deutschland und Europa. Schönhauser Gespräche. Berlin, S. 25ff.
- Bude, H., 2010a: Einübung in Bürgerlichkeit. In: Bude, H./Kaiser, P./Kauffmann, B. (Hg.): Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir? München, S. 189ff
- Burzan, N./Berger, P. A. (Hg.), 2010: Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte. Wiesbaden.
- Ehrenberg, A., 2008: Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt.
- Ehrenberg, A., 2011: Das Unbehagen in der Gesellschaft. Berlin.
- Evers, A. /Heinze, R. G. (Hg.), 2008: Sozialpolitik: Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden.
- Geißler, R., 2010: Die Sozialstruktur Deutschlands: Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Giesecke, J./Verwiebe, R., 2010: Erwerbchancen und Arbeitsmarktintegration im wiedervereinigten Deutschland. In: Krause, P./Ostner, I. (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010. Frankfurt/New York, S. 247ff.
- Hacker, J.S./Pierson, P., 2011: Winner-Take-All Politics. How Washington Made the Rich Richer – And Turned its Back on the Middle Class. New York.
- Heinze, R. G., 2009: Rückkehr des Staates? Politische Handlungsmöglichkeiten in unsicheren Zeiten. Wiesbaden.
- Heinze, R.G., 2011: Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und Eigenverantwortung, Weinheim.
- Hradil, S., 2010: Der deutsche Armutsdiskurs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (51-52), S.3ff.
- Jürgens, K., 2009: Arbeits- und Lebenskraft. Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung. 2. Aufl. Wiesbaden.
- Neckel, S. 2010: Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. MPIfG Working Paper (10/6).
- Prantl, H., 2011: Glückes Schmiede geschlossen. in: SZ v. 20./21. 8. 2011, S. 4
- Senghaas-Knobloch, E., 2011: Arbeiten in der postfordistischen Dienstleistungsgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (15), S. 24ff.
- Schimank, U. , 2005: Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne. Wiesbaden.
- Schimank, U. , 2011: Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie. MPIfG Working Paper (11/2). Köln.
- Schupp, J., 2010: Aspekte sozialer Ungleichheit in Deutschland. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, H. 1/2010, S. 6ff.
- Streeck, W., 2010: Noch so ein Sieg, und wir sind verloren. Der Nationalstaat nach der Finanzkrise. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 38 (2), S. 159ff.
- Wehler, H.U. (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band: 194-1990. München.
- Werding, M./Müller, M. (2007): Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.): Zwischen Erosion und Erneuerung: Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht, S. 104ff.
- WSI-Mitteilungen, 2011: Schwerpunkttheft „Prekarisierung der Arbeit – Prekarisierung im Lebenszusammenhang (8/2011).
- Vogel, B., 2009: Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg.